Heft 12-2016 | 43. Jahrgang | EUR 7,00 | C 12232 E

Sozialismus

www.Sozialismus.de

Joachim Bischoff: Italien – hoffnungsloser Fall?

Wolfgang Müller: China & deutsche High-Tech-Perlen

Richard Detje: 40 Jahre Paritätische MItbestimmung

Florian Butollo: Digitale Arbeitswelt und Gute Arbeit?

Forum Gewerkschaften

Max Lill: Bob Dylan – The Times They Are a-Changin'

Dies ist ein Artikel aus der Monatszeitschrift Sozialismus.
Informationen über den weiteren Inhalt finden Sie unter
www.sozialismus.de.
Dort können Sie ebenfalls ein Probeheft
bzw. ein Abonnement bestellen.

Nur im Netz:

Die Redaktion veröffentlicht regelmäßige Beiträge zwischen den monatlichen Printausgaben auf

www.sozialismus.de

Orientierung in schwierigen Zeiten?

Die CDU signalisiert dem Wahlvolk: Die große bürgerliche Partei in der »Berliner Republik« hat verstanden. Auf Basis eines Leitantrags für den Parteitag unterbreitet der Parteivorstand das wenig überraschende Angebot: Angela Merkel bleibt Parteivorsitzende und kämpft um eine Fortführung der politischen Macht in Deutschland. ...

Übernahmeschlacht im Einzelhandel

Die Suche nach einer Lösung für Kaiser›s Tengelmann entwickelt sich zur Hängepartie. Noch immer feilschen die Konkurrenten Edeka und Rewe um eine Einigung. Währenddessen müssen die rund 15.000 Beschäftigten der Supermarktkette weiter um ihre Arbeitsplätze bangen. ...

LINKE EU-Kritik, aber konkret

Der Parteivorsitzende der LINKEN Bernd Riexinger hat ein zentrales Problem aufgegriffen: »Die Auseinandersetzung um die Position zur EU hat durch den ›Brexit‹ neue Nahrung erhalten. Immer wieder wird die Forderung ›raus aus der EU‹ als eine linke Antwort formuliert.« ....

Heft Nr. 12 | Dezember 2016 | 43. Jahrgang | Heft Nr. 413

USA: Zeitenwende?

Ingar Solty: Wie konnte der herrschende Block die Kontrolle verlieren? Zu den Ursachen des Triumphs von Donald Trump 2

US-Wahlen: Daten & Fakten 10

Bernie Sanders: Wohin die Reise für die US-Demokraten gehen muss 13

Andreas Fisahn: Mit Pauken und Trump-eten in den Untergang? 15

Umbrüche: Europa, Lateinamerika, Asien

Joachim Bischoff: Italien – ein hoffnungsloser Fall im Kriseneuropa? 19

Armando Fernández Steinko: Die PSOE vor der Zerreißprobe 28

Benedikt Behrens: Showdown in Venezuela – Maduro vor dem Ende? 31

Wolfgang Müller: »Gelbe Gefahr«. Greift China nach den Perlen der deutschen Industrie? 34

Reformpotenziale: R2G

Marian Krüger/Helge Meves: Grenzen der Reformbereitschaft Die sozial- und finanzpolitischen Beschlüsse des grünen Parteitags in Münster . . 37

Harald Wolf: Rot-Rot-Grün in Berlin Koalitionsvertrag für einen Politikwechsel 40

Forum Gewerkschaften

Otto König/Richard Detje: Verblasster Demokratie- und Systemkorrektur-Impuls. Bilanz der Mitbestimmung 1976-2016 42

WSI: Betriebsrats-Bashing – drohen, stänkern, kündigen Störfeuer gegen Betriebsratsgründungen 47

Florian Butollo: Realitäten der Digitalisierung und das Gestaltungsdilemma Jahrbuch Gute Arbeit 2016: »Digitale Arbeitswelt« 49

Daniel Menning: Proaktive Arbeitspolitik. Betriebliche Demografiepolitik als Beitrag zur gewerkschaftlichen Revitalisierung 53

Life's an open window

Michael Brie: Die dritte Welle des Sozialismus. Eine Skizze 56

Max Lill: The order is rapidly fadin' Zur Verleihung des Literaturnobelpreises an Bob Dylan 62

Impressum | Veranstaltungen | Film

Impressum 55

Veranstaltungen & Tipps 68

Klaus Schneider: Paterson (Filmkritik) 69

Supplement:

Joachim Bischoff/Bernhard Müller

Moderne Rechte und die Krise des demokratischen Kapitalismus

Wie konnte der herrschende Block die Kontrolle verlieren?

Zu den Ursachen des Triumphs von Donald Trump in der US-Präsidentschaftswahl

von | Ingar Solty

Trauer und Wut: Appell aus Toronto, Canada, 19.11. 2016 (Foto: dpa)

»Schockstarre«: Ein unvorhersehbares Ereignis?

Das Wort »Schockstarre« hatte nach der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der USA Hochkonjunktur in den bürgerlichen Medien. Tatsächlich hatten im Grunde sämtliche Demoskopen falsch gelegen – manche sogar noch mitten in der Wahlnacht –, als sie mit an absolute Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit einen Wahlsieg Clintons vorhersagten.

Diese Tatsache nahmen manche Kritiker im Nachgang der Wahl zum Anlass, über die Ursachen dieses Versagens nachzudenken. Während eine Gruppe den Umfrageinstituten falsche Erhebungsmethoden attestierte, warfen andere diesen vor, mit ihren Erhebungen selber politisch einzugreifen und im Interesse Clintons Politik gemacht zu haben. Andere wiederum spekulierten darüber, dass RechtswählerInnen erst in der Anonymität der Wahlkabine sich getrauen, zu ihrer politischen Richtung zu stehen, nicht jedoch in der Öffentlichkeit einer telefonischen Umfrage oder am Ausgang der Wahlinstitutionen. Eine vierte Gruppe schließlich argumentierte, dass die Erosion der langfristigen Wählerbindung, die in den USA eine Zunahme der Gruppe der »Independents« zur Folge hat, sowie die wachsende Zahl der SpätentscheiderInnen dazu führe, dass politische Präferenzen und Wahlverhalten immer schwieriger vorherzusagen seien. Letzteres dürfte ein gewichtiger Faktor sein.

So oder so ist der Wahlsieg Trumps erklärungsbedürftig. Hillary Clinton hatte in der Wahl die gesamten ökonomischen, medialen und politischen Eliten hinter sich versammelt. Von den 100 größten Konzernen – den Fortune 100 – unterstützte kein einziger Donald Trump. Selbst der Multimilliardär Charles Koch, einer der zehn reichsten Menschen der Welt und traditioneller Financier marktradikaler Stiftungen und der Republikaner, kündigte an, dass Clinton wohl seine Interessen besser vertreten würde als Trump. Ferner unterstützten die großen Nachrichtenkonzerne und staatlichen Sender Clinton etwa in

einem Verhältnis von 9:1. Und die politische Klasse hatte sich bis zwei Wochen vor der Wahl im Grunde fast geschlossen hinter Clinton versammelt – wenigstens ex negativo, insofern nach der Auffindung eines Videos von 2005, in dem Trump im Zwei-Männergespräch sexuelle Gewalt verherrlicht hatte, auch noch die letzten republikanischen Parteigranden, darunter der (Quasi-)Fraktionsvorsitzende und Marktradikale Paul Ryan, von Trump losgesagt hatten (um jetzt wieder zurückzurudern und um Trumps Gunst zu buhlen).

Gerade die außenpolitisch-imperialen Eliten – einschließlich Henry Kissinger und der Neocons, die hinter dem Irakkrieg von 2003ff. stehen (Max Boot, Robert Kagan, Donald Rumsfeld, Dick Cheney, die frühere First Lady Laura Bush etc.) – hatten im Laufe des Wahlkampfs nach und nach Clinton ihre Unterstützung ausgesprochen und einige von ihnen waren sogar Teil ihres Wahlkampfteams geworden. Anfang März 2016 hatten sich sogar sage und schreibe 122 republikanische Außenpolitikberater, darunter führende Neocons wie Robert Kagan, Max Boot und Niall Ferguson, die sich selbst als »verbindliche und loyale Republikaner« bezeichneten, genötigt gefühlt, sich offen gegen den späteren Kandidaten der eigenen Partei auszusprechen. Trumps »Vision des amerikanischen Einflusses und der amerikanischen Macht in der Welt« sei »haarsträubend inkohärent«, weil er »in einem Satz zwischen Isolationismus und militärischem Abenteurertum hin und her« schwanke und seine Absage an den Freihandel »ökonomische Katastrophen in einer global vernetzten Welt« heraufbeschwöre. Man sei »geeint in unserer Gegnerschaft zu einer Donald-Trump-Präsidentschaft«, weil es »Amerika unsicherer machen und seinen Stellenwert in der Welt verringern würde«.[1]

Aber wie erklärt sich diese Querfront? Aus der Perspektive der herrschenden Klasse war Trump politisch schlicht inakzeptabel. Dies lag aber nur zum Teil an seinem – auf die bürgerlichen Eliten als plebejisch und vulgär erscheinenden – Radausexismus und seinem gegen mexikanische EinwandererInnen und Muslime gerichteten Radaurassismus, sondern vor allem daran, dass er im Wahlkampf mit zwei zentralen Projekten des Machtblocks in den USA brach: Ein rhetorischer Bruch *erstens* mit der neoliberal-marktorientierten Integration des Weltmarktes nach den (Freihandels-)Regeln der dominanten kernkapitalistischen Staaten des »Westens« – Trump forderte etwa Strafzölle für China und Mexiko, einen Abbruch der Verhandlungen zu den auch geopolitisch motivierten Investitionsschutzabkommen TTIP (mit der EU und unter explizitem Ausschluss Russlands) und TPP (mit Ostasien unter bewusstem Ausschluss Chinas) – und ein rhetorischer Bruch *zweitens* mit dem American Empire, das diesen Kapitalismus mit militärischen und nichtmilitärischen Mitteln global managt und durchsetzt. So formulierte Trump – aus weitgehend wahltaktischen Gründen – eine durchaus scharfe Kritik an den Kosten und dem katastrophalen Scheitern des »Kriegs gegen den Terror« mit seinen – nach Angaben des »Costs of War«-Forschungsprojekts der US-amerikanischen Brown University – nunmehr 4,79 Bio. US-Dollar und direkten 370.000 und mindestens 800.000 indirekten Kriegstoten an Kosten, wie sie von Clinton nicht zu hören war, die das Scheitern darauf zurückführte, dass die USA nicht zu viel, sondern zu wenig (im Sinne von nicht hart genug) Krieg geführt habe. Trump betonte auch, dass er die US-Konfrontation mit Russland – an Russlands Außengrenzen von der Ukraine bis zum Baltikum sowie im Stellvertreterkrieg in Syrien – beenden wolle.

Wie aber konnte Clinton überhaupt verlieren, obwohl sie das gesamte Establishment hinter sich wusste? Wie schlecht muss eigentlich eine Kandidatin sein, um trotz besagter Unterstützung durch die ökonomische, politische und mediale Elite gegen einen Kandidaten wie Trump zu verlieren? Und jenseits der Personalisierung sozialwissenschaftlich und hegemonietheoretisch gefragt: Wie tief muss eigentlich die politische Krise, die Krise der Demokratie in den USA sein, wenn die Eliten offenbar so führungsunfähig geworden sind? Mit anderen Worten: Wie konnte der herrschende Block – wenigstens zeitweilig – dermaßen die Kontrolle über den politischen Prozess verlieren und sich als so führungsunfähig erweisen?

Donald Trump hat die Wahl nicht gewonnen, Hillary Clinton hat sie verloren!

Die entscheidende Erkenntnis der US-Präsidentschaftswahl 2016 ist, dass Donald Trump die Wahl nicht gewonnen, sondern Hillary Clinton sie verloren hat. Die herrschende bürgerlich-liberale Meinung klammert sich daran, dass Clinton ja eigentlich die Mehrzahl der Stimmen erhalten habe und macht nun – nicht völlig zu Unrecht – die vor allem von Republikanern gepflegte Praxis der bizarren Wahlbezirkszuschneidung (Gerrymandering) für die Niederlage Clintons verantwortlich. Auch wird auf die Unterdrückung von klassischen Demokraten-WählerInnen, insbesondere von Schwarzen, hingewiesen – durch Verschärfung der Wähleridentifikationskriterien (was leicht möglich ist, weil es in den USA keine Personalausweispflicht gibt) oder durch Unterbesetzung und entsprechend lange Schlangenbildung vor Wahlbüros am Wahldienstag (sprich: Werktag). Die daran geknüpfte Forderung ist nun die nach einer Wahlrechtsreform – etwa in Richtung Proporzwahlrecht. Diese Forderung ist in der Tat plausibel, weil die USA von einem Paradox gekennzeichnet sind, dass die Vertrauenskrise in sämtliche politische Institutionen so tief ist wie kaum irgendwo anders im »Westen«, dass aber zugleich die beiden dominanten bürgerlichen Parteien – Republikaner und Demokraten – aufgrund des Wahlsystems und der ständig steigenden Wahlkampfkosten[2] von einer bemerkenswerten Stabilität gekennzeichnet sind, während zugleich in der Europäischen Union die Parteiensysteme aufgrund der Legitimations- und Repräsentationskrisen zerfasern.

Die Tatsache des Gerrymandering und der WählerInnen-Unterdrückung verdeckt aber, dass Clinton diese Wahl schlicht

Ingar Solty ist Mitarbeiter des Instituts für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung.

[1] Ken Adelman/David Adesnik et al., »Open Letter on Donald Trump from GOP National Security Leaders«, in: *War On the Rocks* (Online-Plattform), 2.3.2016, online: http://warontherocks.com/2016/03/open-letter-on-donald-trump-from-gop-national-security-leaders/

[2] Das *Center for Responsive Politics* schätzt die Gesamtkosten der US-Präsidentschaftswahl auf 3,035 Mrd. US-Dollar, darunter 1,296 Mrd. für die Präsidentschaftswahl, 0,96 Mrd. für die Repräsentantenhaus-Wahlkämpfe und 0,68 Mrd. für die Senats-Wahlkämpfe.

verloren hat, weil es ihr nicht gelang, die traditionelle WählerInnenbasis der Demokraten – vor allem in den unteren Einkommensklassen bis zu 30.000 und zwischen 30.000 und 50.000 US-Dollar Jahreseinkommen – zu mobilisieren.

So haben die Demokraten unter Clinton und nach acht Jahren Obama-Krisenpräsidentschaft[3] fast sechs Millionen Wählerstimmen verloren. War Obama 2008 von 69,4 Millionen Menschen ins Amt gewählt und 2012 von 65,9 Mio. WählerInnen im Amt bestätigt worden, konnte Clinton selbst bei ihrer ersten Kandidatur nur 63,7 Mio. Menschen von sich überzeugen. Donald Trump erlangte dabei mit 62,0 Mio. kaum mehr Stimmen als die Obama 2008 bzw. 2012 unterlegenen republikanischen Kontrahenten John McCain (59,9 Mio.) und Mitt Romney (60,9 Mio.). Entsprechend ging auch die ohnehin niedrige Wahlbeteiligung zurück: Von 58,2 (2008) über 54,9 (2012) auf 53,8% (2016).

Dies unterstreicht auch eines: Nicht der Enthusiasmus für Trump, der schließlich nur rund ein Viertel aller Wahlberechtigten hinter sich vereint, entschied die Wahl, sondern die Enttäuschung über das Krisenmanagement der Obama-Administration und eine Kandidatin, die wie niemand sonst im Feld so sehr für das Establishment wie auch für ein »Weiter-so-wie-bisher« stand. Tatsächlich erhielt Clinton im Südstaat Arkansas, wo sie über zehn Jahre lang die First Lady war, nur 374.000 Wählerstimmen und damit 6.000 weniger als Obama noch 2012. Auch in Michigan und Wisconsin, also jenen Wechselwähler-Industriestaaten, die sie den Wahlsieg kosteten, erhielt sie rund 300.000 Wählerstimmen weniger als vor ihr Obama.

DAS ARGUMENT

ZEITSCHRIFT FÜR PHILOSOPHIE UND SOZIALWISSENSCHAFTEN

318 Migration und städtisches Leben
Zur Dialektik der „Flüchtlingskrise“

Zur Dialektik der „Flüchtlingskrise“ (Wolfgang Fritz Haug)
Zum thematischen Schwerpunkt (Ruth May)

Krisenszenarien und intellektuelle Praxis. Aktuelle Analysen

S.AMIN, R.DESAI UND M.BOATCĂ: Wohin treibt der Weltkapitalismus, und was sind die Alternativen?
K.WEBER: Notizen zur aktuellen Faschisierungsfrage
R.COHEN: Die USA auf dem Weg zu Donald Trump

Migration und städtisches Leben

R.May: Aneignung und Produktion der Stadt
L.BACK UND S.SINHA: Zusammenleben in den Ruinen des Rassismus
S.LANZ: Einwanderungsstadt Berlin
T.GEISEN: Alltagshandeln in marginalisierten Stadtteilen
G.HETFLEISCH: Transnationale Migrationsstrategien

Einzelheft 13€ (im Abo 10€, zzgl. Versand)
www.inkrit.org/argument

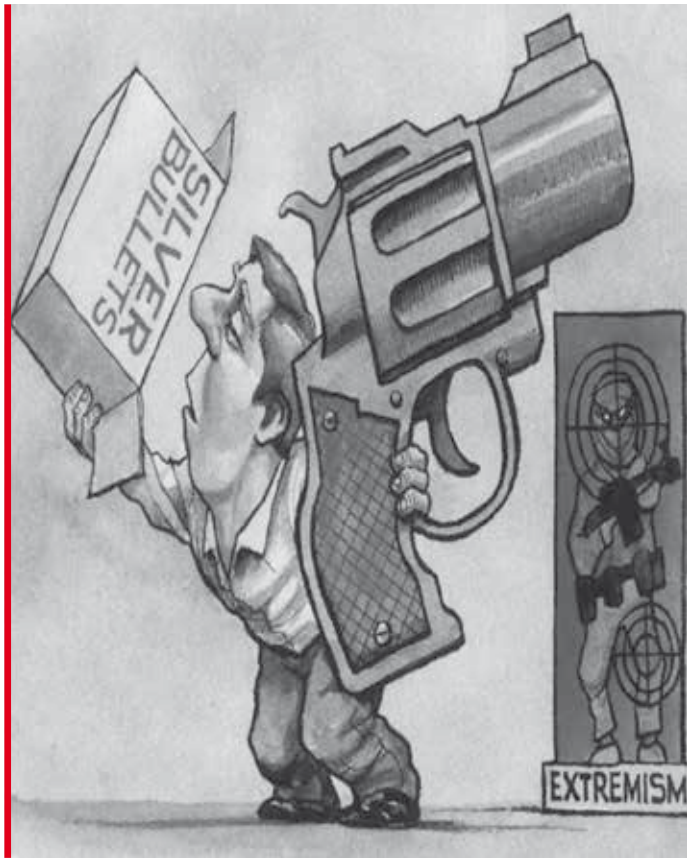
Redaktion DAS ARGUMENT
Ines Schwerdtner
Kontakt: argument@inkrit.org

Abo & Versand
versand-argument@t-online.de
Tel: 030-611-3983

Tatsächlich kam auch ein früherer Wahlkampfmanager Clintons am Ende gegenüber der »Financial Times« zu der Einschätzung: »Ihre Wähler sind nicht wählen gegangen. Warum sind sie nicht wählen gegangen? Weil sie nicht enthusiasmiert und mobilisiert waren. Die Leute, die von ihr am meisten begeistert waren, war nur die Clinton-Kabale, die schon ihre Botschafterposten in Paris oder ihre Jobs in Clintons Regierung ausheckte.«[4] Geoff Garin, ein Mitarbeiter von Priorities USA, des größten Super-PACs (Wahlkampffonds) von Clinton, gestand ein: »Am Ende gab es da Teile der Obama-Koalition, die nicht die nötigen Wählerstimmen brachten, die Clinton gebraucht hätte – und das gilt auch und vor allem für die Jungwähler. Eigentlich war das von Anfang an klar, dass Clinton hier ein Problem haben würde.«[5]

Entsprechend hilflos waren dann auch die linksliberalen Versuche, der (Bernie-Sanders/Jill-Stein-)Linken die Schuld für Clintons Versagen in die Schuhe zu schieben, so wie dies auch der Ökonom, Wirtschaftsnobelpreisträger und New-York-Times-Kolumnist Paul Krugman, dem Hoffnungen auf das Amt des Wirtschaftsministers in einer Clinton-Regierung nachgesagt worden sind, in einem seiner ersten Tweets unmittelbar nach der Wahl tat. Zum einen war es jedoch der antineoliberalen Linken schwerlich zuzumuten, eine neoliberal-imperiale Kandidatin wie Clinton zu wählen. Zum anderen aber erhielt auf der Seite rechts von den Republikanern der Marktradikale Gary Johnson von der Libertarian Party mit 4,3 Mio. Stimmen mehr als dreimal so viele Stimmen wie Jill Stein (mit 1,3 Mio.), weshalb die Kleinere-Übel-These nicht haltbar ist, zumal Steins Wählerstimmen im Gros der Wechselwähler-Staaten nicht entscheidend waren.

Zum zweiten Mal innerhalb von fünf der letzten Präsidentschaftswahlen verlor die/der Kandidat/in mit der Mehrzahl der Wählerstimmen. Dies hatte es in der amerikanischen Geschichte bis dahin erst dreimal gegeben. Auch deshalb geht Donald Trump mit einem historisch niedrigen Vertrauensvorschuss in die vier Jahre seiner Präsidentschaft – nicht zuletzt auch, weil Trump und Clinton – beides Abkömmlinge der 1% aus New York City – die unpopulärsten KandidatInnen waren, die seit Beginn der statistischen Datenerhebung jemals im Rennen um das höchste Staatsamt im weiterhin mächtigsten Staat der Erde konkurrierten. So hatte Hillary Clinton zuletzt bei 54,4% der US-AmerikanerInnen ein negatives Image; Trump wurde sogar von 58,5% ein negatives Image zugeschrieben. Indes ist Bernie Sanders weiterhin der beliebteste Politiker in den USA mit einem Zustimmungswert von zuletzt 59% – bei 33% Ablehnung. Neben den Umfragen, die immer wieder bestätigten, dass Sanders eine größere Chance als Clinton habe, gegen Trump zu gewinnen, zeigt dies das Versagen des demokratischen Parteiestablishments an, mit allen möglichen Intrigen und Machenschaften, die schließlich zum Rücktritt der Parteivorsitzenden Debbie Wasserman-Schultz führten, eine Nominierung von Bernie Sanders als demokratischer Präsidentschaftskandidat 2016 zu verhindern. Denn höchstwahrscheinlich würden die USA bei einem Zweikampf Sanders/Trump am 20. Januar 2017 nicht Trump, sondern Sanders inaugurieren – wie auch Umfragen unmittelbar vor oder kurz nach der Wahl bestätigen, dass Sanders Trump geschlagen hätte.[6]



Karikatur: Economist

Die (weiße) Arbeiterklasse schlägt zurück« (weil sie »rassistisch« und »sexistisch« ist)?

Seit einiger Zeit diskutiert die Linke in Deutschland und in Europa die traditionelle (weiße/autochthone) Industriearbeiterklasse und ihr politisches Wahlverhalten. Der Hintergrund ist eine Entwicklung der zunehmenden Proletarisierung der Basis von recht(spopulistisch)en Parteien, wie sie vor allem in Frankreich beim Front National und in Österreich bei der FPÖ schon stark fortgeschritten ist. Zu den Aufsehen erregenden jüngeren Entwicklungen diesbezüglich gehören etwa das besonders gute Abschneiden der »Alternative für Deutschland« bei Arbeitern während den drei Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Rheinland-Pfalz im März 2016. Dazu gehört des Weiteren der Umstand, dass auch der von der rechten »United Kingdom Independence Party« forcierte, d.h. unter rechten Vorzeichen durchgeführte Ausstieg Großbritanniens aus der EU (»Brexit«) von einer klaren Klassenspaltung gekennzeichnet war, insofern die unteren Einkommensklassen für den Austritt und die oberen für einen Verbleib stimmten. Und dazu gehört schließlich die Tatsache, dass etwa bei der Stichwahl zum österreichischen Bundespräsidenten der neoliberale Kandidat von der Bellen (Grüne) nur 11% aller Arbeiterstimmen erhielt, sein Kontrahent von der rechtspopulistischen FPÖ dagegen 89%.

Dies alles ist nicht nur aus arbeiterbewegungslinker Perspektive eine gewaltige Herausforderung, sondern zugleich eine bemerkenswerte Tatsache, insofern die in/seit der Krise des Fordismus in den 1970er Jahren entstandenen rechtspopulistischen Parteien historisch ja – wie überhaupt die radikale Rechte in ihrer Geschichte insgesamt – ihre Basis zunächst einmal im Kleinbürgertum (bzw. den Zwischen- oder Mittelklassen) besaßen, das sich im Zuge der Entfaltung von kapitalistischen Großkrisen nach rechts radikalisierte. Die Kader der rechtspopulistischen Parteien stammen nach wie vor fast ausschließlich aus dem (Klein-)Bürgertum, was auch die oft existente Diskrepanz zwischen arbeiterfeindlicher wirtschaftsliberaler Programmatik und zunehmender Arbeiterwählerbasis, kurzum: die – auch politische Interventionen ermöglichende – innere Klassenspaltung in diesen politischen Formationen erklärt, die wiederum mit dazu beiträgt, dass solche rechten Parteien letztlich – und auch das ist nicht neu – dazu tendieren, allen gesellschaftlichen Gruppen alles zu versprechen.

Vor diesem Hintergrund haben der Bestseller »Rückkehr nach Reims« von Didier Eribon sowie die Veröffentlichungen von »Die Abstiegsgesellschaft« von Oliver Nachtwey und Christian Barons »Proleten, Pöbel, Parasiten: Warum die Linken die Arbeiter verachten« einen gesellschaftlichen Nerv getroffen. Sie intensivieren eine Debatte über den Klassismus der linksliberalen Elite und ihrer Verstrickung in den Aufstieg des Neoliberalismus, die mit der Veröffentlichung und Übersetzung von Owen Jones' »Chavs: The Demonization of the Working Class« bereits begonnen hatte.[7]

Auch in den USA ist deshalb der Diskurs über die Arbeiterklasse als soziale Basis der Rechten relevant. Dies hängt auch mit dem Erfolg der These(n) von Thomas Frank zusammen, der zufolge die Neoliberalisierung der Demokraten nach dem Motto »Ausbeutung für alle, ohne Diskriminierung!« die Arbeiterklasse (im engeren Sinne) repräsentationslos gemacht und damit in die Arme der Rechten, die ihr – wie auch Eribon argumentiert – eine nationale Alternatividentität anbietet, getrieben habe.[8] Popularisiert wurde diese These aber letztlich als eine Wahrnehmung urban-akademischer, linker Mittelklassen, dass die Arbeiterklasse rechte, autoritäre Nationalisten wähle, weil sie inhärent rassistisch, sexistisch und homophob sei.

[3] Vgl. Ingar Solty, »Staat und Evolution: Bilanz der Krisenpräsidentschaft von Barack Obama aus der Perspektive der materialistischen Staatstheorie«, in: *junge Welt*, 7.11.2016, S.12f und ders., »*Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise*«, Hamburg 2013, S.15-71, sowie zur Verschärfung der sozialen Ungleichheit und der sozialen und Arbeitsmarktkrise unter Obama ders., »Zwischenwahl im Ungleichheitskapitalismus: Entmystifizierung des republikanischen Wahlsiegs in den US-Kongresswahlen 2014«, in: Sozialismus, 41. Jg., H.12 (Dezember 2014), S.9-16.

[4] Courtney Weaver/Barney Jopson, »Democrats see silver lining in release from Clinton grip«, in: Financial Times, 11.11.2016, online: https://www.ft.com/content/ef21b3c0-a80d-11e6-8898-79a99e2a4de6

[5] Ebd.

[6] Vgl. z.B. Feliks Garcia, »Bernie Sanders would have easily destroyed Donald Trump according to new pre-election poll«, in: *The Independent*, 11.11.2016, online: www.independent.co.uk/news/world/americas/us-elections/bernie-sanders-beaten-donald-trump-pre-election-poll-a7412636.html

[7] Hinzu kommt die Diskussion des neuen transnationalisierten Dienstleistungsproletariats, das von den Härten des globalen Kapitalismus als Erstes und am meisten betroffen ist. Vgl. hierzu näher Horst Kahrs, »Jenseits der Statistiken sozialer Ungleichheit: Facetten modernisierter Beziehungen zwischen Arbeitswelt, Lebenswelt und Politik«, in: *Sozialismus*, H.7-8/2016, S.5-10.

[8] Vgl. hierzu näher Ingar Solty, »Jenseits von Verblendung und Verrat: Zu Thomas Franks Kritik des Tea-Party-Rechtspopulismus«, in: *Das Argument – Zeitschrift für Philosophie und Sozialwissenschaften* 300, 54. Jg., H.6/2012, S.883-896.

Tatsächlich gab es diese These auch im Vorwahlkampf von Donald Trump. Sie hinkte jedoch, weil Trumps VorwählerInnen mit einem Durchschnittseinkommen von 71.000 US-Dollar weit überdurchschnittlich verdienten und zudem weit überdurchschnittlich gebildet waren (zur Bestimmung der Arbeiterklasse werden in den USA – sehr unpräzise – ein Verdienst unter 50.000 US-Dollar und der Mangel an Hochschulerfahrung als Kriterien herangezogen). Zudem ließ sich anhand der Wechselwählerstimmung bei weißen ArbeiterInnen im vom Freihandel verwüsteten Industrie-Stammland im Mittleren Westen zwischen Indiana, Wisconsin, Michigan, Ohio, Pennsylvania und West Virginia aufzeigen, wie offen die Arbeiterklasse, die im Übrigen als Ganze heute weitgehend feminisiert und ethnisiert ist und nicht als weiß gedacht werden kann, für eine linke, solidarisch-inklusive Bewegung grundsätzlich wäre.[9]

Nun ist es so, dass auch bei dieser Wahl die unteren Einkommensklassen (unter 30.000 und von 30-50.000 US-Dollar) mehrheitlich für Clinton stimmten. Aber es waren diesmal – aufgrund der Wahlenthaltung breiterer Teile dieser Gesellschaftsgruppen – schlicht nicht genügend, um das starke Abschneiden Trumps in den oberen Einkommensklassen zu kompensieren. Zugleich waren die Wählerwanderungen in diesen Gruppen zu stark: Denn die Demokraten verloren bei den unteren Einkommensklassen insgesamt fast 20 Prozentpunkte und damit ihren großen Vorsprung, und bei denen mit einem Einkommen zwischen 30.000 und 50.000 US-Dollar ebenfalls knapp zehn Prozentpunkte, während Trump alle Einkommensklassen darüber für sich entschied (50-100.000 US-Dollar, 100-200.000 US-Dollar, über 200.000 US-Dollar).

Damit blieb aber auch *grosso modo* die These von der weißen Arbeiterklasse als Wahlsiegbasis für Trump ein Mythos. Es war nicht der »white trash«, wie linksliberale Klassisten gerne die weiße Arbeiterklasse bezeichnen, die Trump letztlich ins Amt trug, sondern seine WählerInnen waren überdurchschnittlich wohlhabend, überdurchschnittlich gebildet und zudem überdurchschnittlich weiß (inklusive weißer Frauen, eine Wählergruppe, die er trotz seiner Frauenfeindlichkeit ebenfalls gewann) und überdurchschnittlich alt. Diese Wählergruppen gingen – aufgrund der Repräsentationslosigkeit der Arbeiterklasse im Neoliberalismus in der Krise – zudem überdurchschnittlich stark an die Wahlurnen.

Gleichwohl haben, wie die Exit Polls zeigen, die Republikaner mit Trump gerade in den Staaten um die großen Seen deutlich an Zuspruch aus der weißen Arbeiterklasse hinzugewonnen und gingen von Obama zu Trump über. Gerade hier hatte der erste Afroamerikaner im Weißen Haus, Obama, 2008 und auch 2012 noch überragend abgeschnitten, was der weißen Clinton mit ihrer offensichtlichen Wall-Street-Nähe nun nicht mehr gelang. Viele weiße ArbeiterInnen blieben schlicht zuhause, und die, die wählen gingen, tendierten nun verstärkt zu Trump. Hatte Obama etwa das Wyoming River Valley in Pennsylvania mit vom Freihandel verwüsteten Städten wie Wilkes-Barre und Scranton noch mit zweistelligen Prozentzahlen gewonnen, ging dieser Wahlbezirk nun an Donald Trump.[10]

Dies war jedoch in Teilen abzusehen. »In Michigans Wahlbezirken Wayne, Oakland und Macomb, also dem Herzen von Detroits schwarzem Wahlblock, erzielte Clinton nur 55% der Stimmen – verglichen mit 69%, die Obama noch 2012 dort holte. In Michigan war es auch, wo Sanders seinen [für Clinton] markerschütterndsten Vorwahlsieg holte – vermutlich durch dieselben Kräfte, die Clinton am Wahltag dann geschadet haben: Ihre Agenda hat denen, die unter Deindustrialisierung und Outsourcing leiden, so gut wie überhaupt keinen Hoffnungsschimmer geboten. Wir können nur vermuten, wieviel besser Sanders, wäre er der demokratische Präsidentschaftskandidat gewesen, hier oder in [den wahlentscheidenden Swing-Staaten] Ohio und Pennsylvania und Wisconsin abgeschnitten hätte, die er auch allesamt in überraschenden Erdrutschsiegen in den Vorwahlen gewann. Aber es kann nun kein Zweifel mehr darin bestehen, dass seine Siege im Rostgürtel für Clintons Wahlkampagne der Kanarienvogel in der Kohlengrube gewesen sind – ein jetzt augenfälliges Zeichen, dass sie Probleme bekommen würde.«[11]

Zweifellos konnten sich viele – in Ermangelung einer sozialen Alternative von links – von Trumps Antifreihandelsbotschaft, seiner Kritik unpopulärer Kriege und seiner Adressierung als Arbeiter angesprochen fühlen. Noch am Tag der Wahl sagte Trump in seiner letzten Wahlkampfrede: »Heute wird die Arbeiterklasse zurückschlagen.« Dagegen hatte Clinton Wochen vor der Wahl über die Basis von Trump gesagt, dies seien die »deplorables«, die Erbärmlichen. Am Ende steigerte Trump so den republikanischen Anteil an der traditionellen weißen Arbeiterklasse (bestimmt als Weiße ohne Hochschulabschluss) insgesamt um mehr als 15 Prozentpunkte.

Entsprechend hat die CNN-Korrespondentin Stephanie Coontz recht, wenn sie schreibt: »Trumps Unterstützer aus der Arbeiterklasse und den ländlichen Regionen finden die meisten herkömmlichen republikanischen Alternativen zu linker Politik nicht gut. Tatsächlich zeigen Umfragen durchgängig, dass sie Freihandel ablehnen, Konzernen und Banken misstrauen und Kürzungen bei der staatlichen Kranken- und Rentenversicherung ablehnen. Es ist letztlich auch dieser substanzielle Anteil der republikanischen Wählerbasis – etwa 30 Prozent –, der eine Hochbesteuerung der Reichen unterstützt (...). Hören Sie mal genau hin, wie die erste Ankündigung konkreter politischer Maßnahmen in Trumps Siegesrede die linke Agenda von Bernie Sanders und Elizabeth Warren nachgeahmt hat – eingebettet in eine typisch Trump'sche Klangfarbe: Wir werden unsere Innenstädte wiederherrichten und werden unsere Autobahnen, Brücken, Tunnel, Flughäfen, Schulen, Krankenhäuser reparieren. Wir werden unsere Infrastruktur erneuern (...). Und wir werden Millionen Menschen wieder Arbeit verschaffen, indem wir das tun. Die (links-)liberalen Erklärungen für Clintons Niederlage sind (...) unvollständig. Ja, Rassismus, Sexismus und Nativismus sind verbreitet (...). Aber am Ende war dies eine Wahl, die Clinton verloren hat, und die demokratische Parteielite sollte sich selbstkritisch mit ihrem eigenen unbeugsamen Eifer, Clinton zu nominieren, auseinandersetzen – trotz der offensichtlichen Sehnsucht von so vielen jungen Linken und älteren Konservativen nach einer Anti-Establishment-Gestalt, deren Motivation eine spürbarere Wut auf ›das System‹ war.«[12]

Die Tatsache, dass Trump dabei nicht nur mehr Stimmen von afroamerikanischen und Latino-Arbeiterinnen und Arbeitern als Mitt Romney erhielt, sondern auch von weißen Frauen lässt da-

bei nur zwei Schlussfolgerungen übrig: »Es ist denkbar, dass ein großer Teil der Latino/Latina-Unterstützer neben den weißen Frauen, AfroamerikanerInnen und Asiatisch-AmerikanerInnen am Wahltag schlicht zuhause blieben. Es ist aber ebenfalls denkbar, dass ein erheblicher Teil dieser WählerInnen bereit war, Trumps hetzende Bemerkungen zu übergehen und ihn aus anderen Gründen zu wählen – wie etwa dem Bedürfnis ›politics as usual‹ aufzurütteln.«[13]

So oder so: Schon lange vor der Wahl hatte Robert Reich, der ehemalige Arbeitsminister in der Regierung von Bill Clinton und zugleich ein Unterstützer von Bernie Sanders, betont, dass die USA 2016 vor einer Richtungsentscheidung stünden. Das neoliberale Establishment erodiere. Entsprechend müssten sich die USA zwischen dem linken »Reformpopulismus« von Bernie Sanders und dem autoritären Populismus von Donald Trump entscheiden. Damit könnte man die These vertreten: Weil Sanders' Projekt 2016 abgeschnitten worden war und am Ende nur die Wahl bestand zwischen dem unhaltbaren neoliberalen Status quo (Clinton) und einem autoritären Populismus, der wenigstens den Veränderungswillen der breiten Bevölkerungsmehrheit ansprach, konnte Letzterer siegreich werden – obschon oder gerade weil die Bourgeoisie so offensichtlich versuchte, den neoliberalen Status quo mit Clinton fortzuschreiben. Oder, wie ein linker Gewerkschafter und Sanders-Unterstützer es in einem Bericht in der »New York Times« über weiße und schwarze Arbeiterinnen, die von Bill Clinton und Obama zu Trump überwechselten oder sich der Wahl enthielten, ausdrückt: »Ich bin so links, wie es linker kaum geht, und ich dachte, der Trump redet nur dummes Zeug. Aber alle haben die ewiggleichen PolitikerInnen so dermaßen satt. Deshalb hätte am Ende wohl sogar Captain Kangaroo antreten und die Wahl gewinnen können.«[14]

Ausblick

Der Kontrollverlust der Bourgeoisie scheint jedoch temporär zu sein. Die Einhegungsversuche sind so entfremdend für die Clinton-Basis – Der »amerikanische Hitler« soll nun der legitime Präsident sein, mit dem man vertrauensvoll zusammenarbeiten werde? – wie sie bei Trump zu funktionieren scheinen. Dafür spricht auch die Zusammensetzung des Trump'schen Ka-

[9] Vgl. hierzu näher Ingar Solty, »Eine rechte Arbeiterklasse? Donald Trump und seine soziale Basis«, in: *Sozialismus*, 43. Jg., H.6/2016, S.19-23.

[10] Nate Cohn, »Why Trump Won: Working-Class Whites«, in: New York Times, 9.11.2016, online: http://www.nytimes.com/2016/11/10/upshot/why-trump-won-working-class-whites.html

[11] Freddie DeBoer, »Hillary Clinton lost, Bernie Sanders could have won. We chose the wrong candidate«, in: Washington Post, 10.11.2016, online: https://www.washingtonpost.com/posteverything/wp/2016/11/10/hillary-clinton-lost-bernie-sanders-could-have-won/?utm_term=.988bc3ca3dcf

[12] Stephanie Coontz, »Why the White Working Class Ditched Clinton«, in: CNN (Online), 10.11.2016, online: http://edition.cnn.com/2016/11/10/opinions/how-clinton-lost-the-working-class-coontz/index.html

[13] Karthick Ramakrishnan, »Trump got more votes from people of color than Romney did. Here's the data«, in: Washington Post, 11.11.2016, online: https://www.washingtonpost.com/news/monkey-cage/wp/2016/11/11/trump-got-more-votes-from-people-of-color-than-romney-did-heres-the-data/

[14] Nelson D. Schwartz, »Can Trump Save Their Jobs? They're Counting on It«, in: New York Times, 12.11.2016, online: http://mobile.nytimes.com/2016/11/13/business/economy/can-trump-save-their-jobs-theyre-counting-on-it.html

binetts, die sich – mit Ausnahme des Weiße-Haus-Beraters Stephen Bannon, der in der Tat ein Rechtsextremer ist – wie ein Who-is-Who? der alten neoliberal-imperialen Elite der Republikanischen Partei liest.

Postfaktische Politik oder Trumpism heißt, dass vieles von dem, was er betonte, populare Wahlkampfrhetorik ist (wie z.B. seine »linken« Positionen gegen den Freihandel und das US-Empire), um auf der Welle der Anti-Establishment-Stimmung an die Macht zu gelangen. Dass ihm das wirklich gelungen ist, bezeugt die Tiefe der Krise des politischen Systems in den USA. Von diesen Forderungen wird er nichts durchsetzen können (oder überhaupt wollen), weil er dafür eine Machtbasis außerhalb des Staates (im engeren Sinne) bräuchte. Anders dürfte es sich in Bezug auf seine Steuersenkungspläne für die Reichen verhalten, weil sie kompatibel sind mit den Interessen des transnationalisierten Machtblocks in den USA. Von daher wird zu erwarten sein, dass Trump – als politisch schwacher und um Anerkennung buhlender Präsident – sich fügen und ein verantwortungsbewusster Manager des Empire werden wird. Gleichwohl will man nicht wissen, wie er – im erklärten Bündnis mit Russland – gegen den »IS« agieren wird, den er schon mit Atomwaffen und mit noch mehr Folterpraxis als Bush zu bekämpfen beabsichtigt hat. Man möchte nicht wissen, wie Trump agieren könnte, wenn es etwa einen neuen islamistischen Anschlag in den USA gibt, nachdem er bei dem letzten, der von einem in den USA sozialisierten und radikalisierten Muslim ausgeübt wurde, einen Einreisestopp für alle 1,4 Mrd. Muslime auf der Welt forderte.

Hinzu kommt, dass zur autoritär-nationalistischen/völkischen Herrschaft in einer Klassengesellschaft die äußere Feinddefinition zur Schaffung von Homogenie unerlässlich ist. Bröckelt Trumps ohnehin geringe Popularität und Legitimität, besteht die Gefahr, dass er sich Unterstützung nach innen durch die Produktion eines äußeren Feindes abzusichern versuchen wird.

Dabei hat sein Wahlsieg die extreme Rechte ermuntert, die sich längst in der »Jetzt-wird-durchgegriffen«-Stimmung befindet, die Trump geschürt hat. So sind rechte Hassverbrechen – gegen Muslime, Latinos, Schwarze, Frauen und Menschen aus der LGBTQ-Community – schon jetzt auf einem höheren Niveau als zur Zeit unmittelbar nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001.[15]

Zugleich aber regt sich Widerstand. Während die politischen Eliten sowohl jenseits als auch diesseits des Atlantiks – von Hillary Clinton und Obama bis Angela Merkel und EU-Parlamentspräsident Martin Schulz – nun zurückrudern und einigermaßen erfolgreich den Versuch unternehmen, Trump einzuhegen und zum verlässlichen Partner in Sachen imperialer Verwaltung und Durchsetzung des globalen Kapitalismus zu machen, regt sich an der Basis der Widerstand. Überall in den USA kam es in Folge der Trump-Wahl zu Massenprotesten wie in Los Angeles, wo am Samstag nach der Wahl 8.000 Menschen gegen Trump auf die Straße gingen (ABC News, 12.11.2016). Und während sein offensichtliches Vor- und Nachwahlversagen das neoliberale (Demokraten-)Establishment um Clinton weitgehend diskreditiert hat, wird dieser Widerstand von links kommen. Bernie Sanders ist mit seinem bewegungsorientierten, neosozialistischen Politikansatz jetzt faktisch der Oppositionsführer gegen Trump. Im Grunde wiederholt sich so eine Situation wie unmittelbar nach 9/11, als die Bush-Präsidentschaft der Linken Auftrieb verlieh – nur dass die radikale Linke heute weitaus besser aufgestellt ist als damals und die Grenze zwischen dem (links-)liberalen

Demokratische SenatorInnen, 16.11.2016, Washington. am Pult Chuck Schumer (Foto: dpa)

Establishment viel schärfer konturiert. Ohnehin muss man sich vergegenwärtigen, dass die Trump-Wahl – anders als in Europa – ein politischer, aber kein gesellschaftlicher Rechtsruck ist.

Nun stellt sich die Frage nach der Erneuerung der Demokratischen Partei, die auch bei den Repräsentantenhaus-, Senats- und Gouverneurswahlen in den Clinton-Abwärtssog geraten ist. Die Demokratische Partei blieb von der linken Massenmobilisierung an der Basis im Zuge der Sanders-Kampagne weitgehend verschont. Sanders erhielt die Unterstützung allein von einem einzigen Senator und acht Abgeordneten aus dem Repräsentantenhaus. Jenseits dessen hielt die Phalanx der neoliberalen Dritte-Weg-Sozialdemokraten[16] – nicht unähnlich zu der Art und Weise, wie auch die neoliberalen Parteieliten in Großbritannien den Versuch unternahmen, den durch populare Massenmobilisierung ins Amt getragenen Jeremy Corbyn als Parteivorsitzenden der Labour-Partei wieder aus dem Amt zu putschen und so die Kontrolle über die Partei wiederzuerlangen.[17] Die Frage ist also berechtigt, ob und, falls ja, wie erneuerungsfähig die Demokratische Partei ist, bzw. ob und wie – überspitzt formuliert – sie von einer Partei der 1% im Interesse der Wall Street in eine Partei der 99% im Interesse der Lohnabhängigen verwandelt werden kann.

Tatsächlich findet ein Wundenlecken statt. Allerdings lässt die Art und Weise, wie dies geschieht, wenig Hoffnungen aufkommen. So trafen sich wenige Tage nach der Wahl die Parteigranden, darunter auch Hoffnungsträger der liberalen Linken (wie Elizabeth Warren und Keith Ellison), mit den größten Parteispendern. Organisiert war das Ganze von der »Demokratischen Allianz«, einem Machtapparat, der 2004 nach dem Wahlsieg von George W. Bush von Kapitalseite gegründet wurde, darunter die Megaspender George Soros, der mittlerweile verstorbene Versicherungsmogul Peter Lewis und eine Handvoll anderer Großspender. Der Ort war »popular« gewählt: Man traf sich im Fünf-Sterne-Hotel Mandarin Oriental in Washington D.C. Sogar ein demokratischer Parteistratege und langjähriger Aktiver in der Demokratischen Allianz, der auch bei diesem Treffen wieder mitwirkte, kritisierte diese Art von Top-down-Reform mit den Worten: »Die Existenz der Demokratischen Allianz müsste selbst infrage gestellt werden. Man könnte ziemlich überzeugend argumentieren, dass sie nichts Anderes ist als ein Eliteklub für eine Handvoll reicher weißer Spender und Gewerkschaftsvorsitzende, wo man Wein trinken und Memos reden kann, während die Demokratische Partei um sie herum niederbrennt.«[18] Eine Erneuerung könnte, wenn überhaupt, nur aus den Graswurzelbewegungen gegen Trump kommen. Aber die Beharrungskräfte in den Institutionen sind stark, wie das Beispiel der Sanders-Kampagne gezeigt hat.

Nun stellt sich die Frage nach der globalen Bedeutung der Trump-Wahl. Tatsächlich markiert die US-Wahl einen US-amerikanischen Brexit-Moment, insofern auch hier sich eine politische Krise offenbart, die tiefer reicht als das von allen BeobachterInnen für möglich gehalten worden ist.[19] Zwar war von Anfang an klar, dass die US-Wahl im Rahmen einer tiefen Legitimations- und Repräsentationskrise stattfinden würde und eine populistische Situation markiert.[20] Gleichwohl ging auch der Verfasser lange davon aus, dass die herrschende Klasse mit ihren ökonomischen, politischen und ideologischen Machtressourcen eine Trump-Präsidentschaft zu verhindern wissen würde. Jetzt aber stellt sich als Aufgabe, die Krise der Demokratie (nicht nur in den USA) und das Zukunftsszenario eines autoritären Kapitalismus von China über Narendra Modis Indien, Putins Russland, Erdogans Türkei und die EU (EU-Krisenmanagement, dazu Ungarn und Polen und bald womöglich Frankreich) bis in die USA noch viel ernsthafter zu diskutieren.[21] Dies gilt umso mehr, als es in den USA eine Desillusionierung über das parlamentarische System nicht nur von unten, sondern auch und gerade von oben gibt – eine Desillusionierung, für die die Wandlungen von bürgerlichen Leitintellektuellen wie Thomas L. Friedman und Francis Fukuyama symptomatisch sind.[22]

Zugleich ist nun vor dem Hintergrund von politischer Krise und rechtem Auftrieb mit Brexit und Trump auch nicht mehr davon auszugehen, dass sich etwa in Frankreich in der anstehenden Präsidentschaftswahl die Situation von 2002 schlicht wiederholen würde, dass also eine Stichwahl zwischen (heute Marine, damals Jean-Marie) Le Pen und einem bürgerlich-konservativen Kandidaten (damals Jacques Chirac, heute womöglich der Marktradikale François Fillon, den der SPIEGEL mit einer hagiografischen Berichterstattung schon zum Retter Europas erkoren hat[23]) oder einem neoliberalen Mitte-links-Technokraten wie dem ehemaligen Wirtschaftsminister Emmanuel Macron heute einfach nochmal so ausgehen würde, wie damals, als Jean-Marie Le Pen vom Front National gegen Chirac mit nur einem Fünftel der Wählerstimmen haushoch verlor. Tatsächlich scheint sich das neoliberale Establishment-Lager selbst in den kapitalistischen Kernstaaten mit ihren höheren Verteilungs- und Ausgleichsspielräumen in einem dramatischen Erosionsprozess zu befinden. Gelingt es der Linken jedoch nicht, eine glaubwürdige, solidarische Alternative sowohl zum Status quo als auch zur autoritär-nationalistischen Antwort von rechts zu präsentieren, dann kann hiervon nur diese radikale Rechte profitieren.

[15] Melanie Eversley, »Post-election spate of hate crimes worse than post-9/11, experts say«, in: USA Today, 14.11.2016, online: http://www.usatoday.com/story/news/2016/11/12/post-election-spate-hate-crimes-worse-than-post-911-experts-say/93681294/

[16] Vgl. hierzu näher Ingar Solty, »Goodbye Sanders? Warum die ›politische Revolution‹ noch nicht vorbei ist«, in: Luxemburg: Gesellschaftsanalyse und linke Praxis, Nr. 25, 8. Jg., H.2/2016, S.34-42.

[17] Vgl. hierzu näher Ingar Solty, »Die politische Artikulation der globalen Krise heute: Politische Polarisierung, ›dritter Pol‹, Sanderismus und Corbynismus«, in: *Z. Zeitschrift Marxistische Erneuerung*, Nr. 107 (September 2016), S.8-18.

[18] Kenneth P. Vogel, »Soros bands with donors to resist Trump, ›take back power‹«, in: Politico, 14.11.2016, online: http://www.politico.com/story/2016/11/democrats-soros-trump-231313

[19] Vgl. hierzu näher Ingar Solty, »Der US-amerikanische Brexit-Moment«, in: *Rosa-Luxemburg-Stiftung*, 11.11.2016, online: http://www.rosalux.de/news/42808

[20] Vgl. Ingar Solty, »Donald Trump – ein amerikanischer Faschist? Legitimationskrise, Repräsentationskrise und rechter Populismus in den USA«, in: *Sozialismus*, 43. Jg., H.1/2016, S.2-7, sowie ders., »Warum gibt es in den USA Sozialismus? Das Phänomen Bernie Sanders«, in: *Sozialismus*, 43. Jg., H. 3/2016, S.2-6.

[21] Frank Deppe, »*Autoritärer Kapitalismus: Demokratie auf dem Prüfstand*«, Hamburg 2013, sowie Ajay Singh Chaudhary/Raphaële Chappe, »The Supermanagerial Reich«, in: Los Angeles Review of Books, 7.11.2016, online: https://lareviewofbooks.org/article/the-supermanagerial-reich/#!

[22] Vgl. hierzu näher Ingar Solty, »*Die USA unter Obama: Charismatische Herrschaft, soziale Bewegungen und imperiale Politik in der globalen Krise*«, Hamburg 2013, S.60-71.

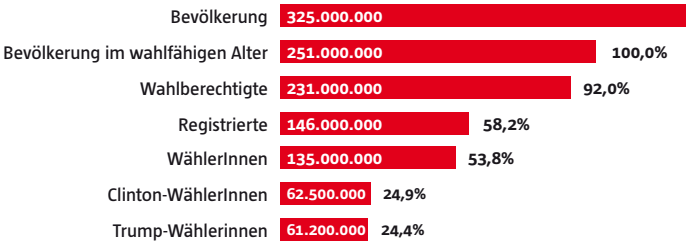
[23] Stefan Simons, »Dieser Mann soll Europa vor Le Pen retten«, in: Spiegel Online, 21.11.2016, online: http://www.spiegel.de/politik/ausland/frankreich-francois-fillon-koennte-le-pen-bei-der-wahl-besiegen-a-1122341.html

US-Wahlen: Daten & Fakten

Stimmabgabe in Wisconsin, 8.11.2016 (Foto: dpa)

In den USA leben 325 Mio. Menschen, davon sind 75 Mio. jünger als 18 Jahre. Es bleiben 251 Mio. Menschen im Wahlalter. Allerdings sind etwa 20 Mio. wegen einer Straftat von der Wahl ausgeschlossen oder keine US-Staatsbürger. Dazu kommen Personen, die außerhalb der Bundesstaaten leben – etwa in Puerto Rico. Alle diese (8% der US-Wahlbevölkerung) sind nicht stimmberechtigt.

Bevölkerung, Wahlberechtigte, Registrierte, WählerInnen

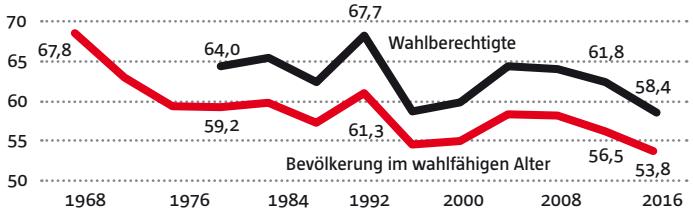


Damit die verbleibenden 231 Mio. Menschen ihre Stimmen abgeben dürfen, müssen sie sich registrieren, das haben 146 Mio. US-Bürger oder 58,2% der Wahlbevölkerung getan. Ca. 135 Mio. BürgerInnen haben schließlich für Trump, Clinton oder einen dritten Kandidaten gestimmt.

Hillary Clinton hat zwar die meisten Stimmen erreicht, aber die Wahl verloren. Auf sie entfielen etwa 63,5 Mio.[1] oder 47,9% der WählerInnenstimmen. Für Donald Trump stimmten 61,9 Mio. der Wahlberechtigten bzw. 46,7%. Trump hat die Wahlen gewonnen, weil US-Präsidenten von Wahlleuten in den einzelnen Bundesstaaten bestimmt werden. In den 50 Staaten und der Hauptstadt Washington sind insgesamt 538 Stimmen zu vergeben, für den Sieg gebraucht werden 270. Wie viele Stimmen ein Staat im »Electoral College« hat, hängt von der Bevölkerungsstärke ab. In fast allen Staaten gilt: Der Sieger bekommt alle Wahlmänner- und -frauenstimmen. Bei den Wahlleuten war Trump mit 290 gegenüber 232 für Hillary Clinton der eindeutige Sieger.

Clinton hat die Wahl verloren, weil sie viele traditionelle WählerInnen der Demokratischen Partei nicht erreichen konnte, was sich auch in einer weiter sinkenden Wahlbeteiligung niedergeschlagen hat. Im Vergleich zu Obama im Jahr 2012 verlor sie etwa 2,5 Mio. Stimmen (gegenüber 2008 sogar etwa sechs Mio. Stimmen). Donald Trump genügten dagegen eine Mio. Stimmen mehr im Vergleich zu Mid Romney 2012, um neuer US-Präsident zu werden.

Wahlbeteiligung in %



Zeitgleich fanden (teilweise) Wahlen zu den beiden Kammern des US-Parlaments statt. Im 100 Sitze umfassenden Senat haben die Republikaner 51 Sitze, die Demokraten 48, ein Sitz ist noch offen. Von den 435 Sitzen im Repräsentantenhaus verfügen die Republikaner über 238, die Demokraten über 194, drei Sitze sind bei Redaktionsschluss noch offen.

Welche Faktoren waren für den Erfolg Trumps maßgeblich?

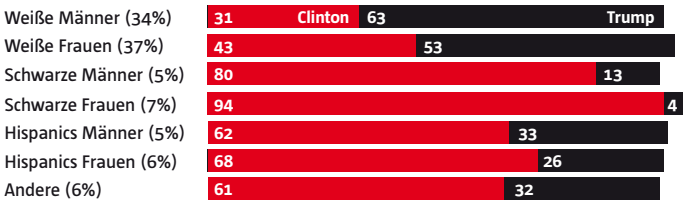
Dass mit Donald Trump ein rechtspopulistischer rassistischer, fremdenfeindlicher und sexistischer Demagoge die Wahl zum 45. US-Präsidenten gewinnen konnte,[2] kann nicht auf *die* eine Ursache zurückgeführt werden. Entscheidend war sicherlich

der harte Anti-Establishment-Kurs, mit dem er die Enttäuschung vieler WählerInnen in seine Richtung lenken konnte. Aber auch Geschlecht, Ethnie, Alter, Bildung, Einkommen und Stadt/Land sind Faktoren, die den Sieg des Rechtspopulismus begünstigten. Wir dokumentieren im Folgenden wesentliche Ergebnisse der Nachwahl-Untersuchungen (Exit-Poll), bei denen 24.500 WählerInnen befragt wurden.

Herkunft und Geschlecht

Für Trump war der Schlüssel zum Erfolg die Aktivierung zahlreicher weißer WählerInnen. Während er bei den Männern insgesamt eine Mehrheit von 54% hinter sich bringen konnte, waren es bei den weißen Männern sogar 63%. Die Frauen haben zwar mit 54% mehrheitlich für Hillary Clinton gestimmt, aber 53% der weißen Frauen votierten für den Chauvinisten Trump, der sich damit brüstete, Frauen zu begrapschen.

Stimmenanteile nach Geschlecht und Ethnie in %

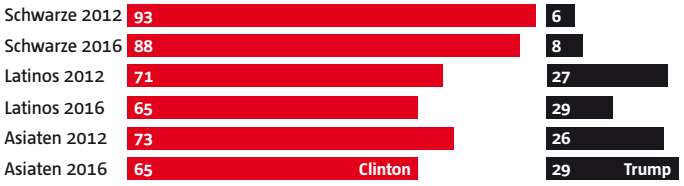


Werte in Klammern: %ualer Anteil der Bevölkerungsgruppe an den Wahlberechtigten

Minderheiten

Hillary Clinton hatte auf ein herausragendes Ergebnis bei den ethnischen Minderheiten gesetzt. Die Annahme, diese würden keinen Rassisten wählen, hat sich nicht ganz bewahrheitet. Zwar haben die Schwarzen, Latinos und Asiaten überwiegend für sie gestimmt (fast 90% aller Stimmen von Schwarzen, 65% bei Latinos und Asiaten), aber sie erreichte nicht die Strahlkraft eines Barack Obama bei der Wahl 2012 – die Werte sind um bis zu acht Prozentpunkte zurückgegangen.

Wahlverhalten 2012 und 2016 in %



Alter

Besonders stark schneidet Trump bei der größten Wählergruppe der 50- bis 64-Jährigen ab (53%), Clinton liegt nur bei 44%. Bei den Jahrgängen bis 44 Jahre hatte die Demokratin (allerdings auch hier mit Verlusten gegenüber Obama) die Nase vorn. Bei den jüngsten Wählern kann Clinton zwar punkten, ihr Lager hat bei den 18- bis 29-Jährigen aber auch massiv verloren: Nur noch 54% der unter 30-Jährigen wählten sie, hinter Obama standen 2012 noch 60% der Jungen.

Bildung

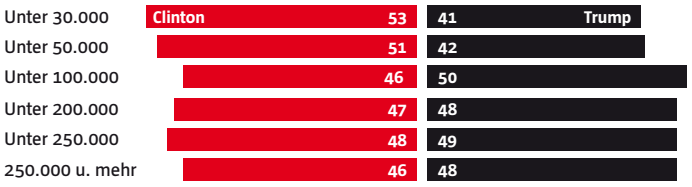
Der Blick auf die Bildung zeigt, dass Trump einen klaren Vorsprung bei den US-AmerikanerInnen hat, die maximal über einen Highschool-Abschluss verfügen. Clinton dagegen führt bei den Collegeabsolventen – allerdings nicht so deutlich, wie es die Umfragen vorhergesagt hatten. Nur bei den BürgerInnen mit Hochschulabschluss ist ihr Vorsprung mit 58% Zustimmung deutlich. Besonders stark schneidet Trump bei den Weißen mit und ohne College-Abschluss ab.

Stimmenanteile nach Bildung in %

Einkommen

Traditionell wählen US-AmerikanerInnen mit geringem Einkommen eher die Demokraten. Das war auch bei dieser Wahl so. Wer weniger als 30.000 US-Dollar im Jahr verdient, wählte mehrheitlich Clinton. Im Vergleich zur Wahl 2012 hat sie in dieser Einkommensklasse aber 10 Prozentpunkte verloren, auch bei den Gehältern bis 50.000 Dollar verlor sie deutlich. Bei den Einkommen über 50.000 US-Dollar liegt Trump in allen Einkommensgruppen vorne, von einer Basis vor allem bei den unteren Einkommen kann also keine Rede sein. Erst bei einem Einkommen von mehr als 100.000 Dollar konnte Clinton etwas Boden gutmachen. Doch in dieser Gruppe gibt es natürlich weitaus weniger WählerInnen. Hier zeigt sich: Trumps Strategie, sich in seiner Wahlkampagne voll auf die gefühlten oder realen Verlierer der Gesellschaft zu konzentrieren, ist aufgegangen. Jede Stimme für Trump ist eine Ohrfeige für die Eliten – so hat er sich immer wieder verkauft.

Wähler nach Einkommengruppen (US-Dollar) in %



Stadt/Land

Trump findet seine WählerInnen vor allem in ländlichen und subarbanen Bereichen. Hier erreicht er mit 50% bzw. 62% eine deutlich stärkere Zustimmung als Hillary Clinton (siehe dazu die Zahlen auf der folgenden Seite).

[1] Stand der Auszählung: 18.11.2016.
[2] Vgl. Joachim Bischoff/Bernhard Müller: Moderne Rechte und die Krise des demokratischen Kapitalismus, Supplement zu dieser Ausgabe der Zeitschrift Sozialismus, wo auch ausführlich auf die Situation in den USA eingegangen wird.

Stimmenverteilung nach Wohnort in %

Zukunftspessimismus

Clinton wollte als erste US-Präsidentin für Fortschritt und Stabilität stehen. Das kauften ihr die WählerInnen nicht ab. Viele misstrauten ihr, sahen sie als Teil des verkrusteten Establishments. Schwarzseher, Unzufriedene, Pessimisten: Sie alle tendierten zu Trump. Auch für die Trump-WählerInnen war die Wirtschaft, und damit das Thema Arbeitsplätze, eines der wichtigen Themen im Wahlkampf.

Die wichtigsten Themen für das Land

	Clinton-WählerInnen	Trump-WählerInnen
Außenpolitik	60%	34%
Einwanderung	32%	64%
Wirtschaft	52%	42%
Terrorismus	39%	57%

Was erwarten Sie:
Wie wird das Leben für die nächste Generation Amerikaner sein?

Ökonomisch/finanzielle Situation

Trump-WählerInnen schätzen die ökonomische Situation in den USA sehr negativ ein. 55% von denen, die die Situation für »nicht gut« halten, haben Trump gewählt und bei denen, die die Situation für miserabel halten, sind es sogar 79%. Auch bezogen auf die Zukunftsperspektiven dominiert bei den Trump-WählerInnen Pessimismus. So erwarten 63% der WählerInnen der Republikaner, dass das Leben für die nächste Generation der AmerikanerInnen schlechter sein wird als heute. Und auf die Frage, wie sie ihre finanzielle Situation im Vergleich zu vor fünf Jahren einschätzen, haben 78% derjenigen, die sagen, dass ihre Situation heute schlechter ist, Trump gewählt.

Vorurteile

Für die Situation machen die Trump-WählerInnen vor allem den internationalen Handel und die Migration verantwortlich – die deshalb auch im Zentrum des Trumpschen Wahlkampfs standen. So haben 65% derjenigen, die den freien Handel für den Verlust von Arbeitsplätzen in den USA verantwortlich machen, Trump gewählt. Der andere Sündenbock sind die MigrantInnen. 84% von denen, die eine Deportation von illegalen MigrantInnen in ihre Heimatländer fordern, und 86%, derer, die den Bau einer Mauer entlang der mexikanischen Grenze befürworten, sind Trump-Fans.

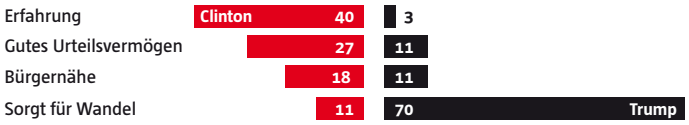
Versagen der politischen Eliten

Zu den Grundzügen des Rechtspopulismus gehört die Anti-Establishment-Haltung, die Trump pflegt wie kein anderer. Er hat dafür einen großen Resonanzboden. 77% von denen, die ärgerlich über die Bundesregierung sind, haben Trump gewählt. Auch 90% derer, die eine schlechte Meinung von Präsident Obama haben, 83% von denen, die generell finden, dass die Regierung zu viel tut, haben Trump ihre Stimme gegeben. Und 83% derer, die finden, dass Obama mit seiner Gesundheitsreform zu weit gegangen ist.

Hoffnung auf Wandel

Für die Wahl von Donald Trump waren weniger das Zutrauen in die Erfahrung, das gute Urteilsvermögen oder seine Bürgernähe verantwortlich, sondern die Hoffnung, dass der Rechtspopulist »für Wandel« sorgt.

Wichtigste Eigenschaft des Kandidaten für die Wahlentscheidung in %



VSA: Politisches Denken – das Paket

Alle fünf Bücher von
Frank Deppes Standardwerk
in neuer Ausstattung zusammen zum
Sonderpreis von € 125.00 anstelle € 170.00
ISBN 978-3-89965-726-5
Die Bände können auch einzeln bezogen werden (Band 1: € 32,80; Band 2: € 39,80; Band 3.1: € 29,80; Band 3.2: € 32,80; Band 4: € 34,80)

»Ein Grundlagentext« (Blätter für deutsche und internationale Politik); »Ein großer Wurf« (junge welt); »Hervorragender Beitrag zur Kapitalismusanalyse« (ak); »Ein marxistisches Handbuch« (nd)

www.vsa-verlag.de

Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Die neue LINKE
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu theoretischen oder historischen Grundsatzfragen

ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo. Beides geht mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum Preis von € 70,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich abonniere Sozialismus ab Heft _____ zum verbilligten Preis von € 50,- (für Arbeitslose/Studenten).
Ich möchte die Buchprämie ◻ Wer rettet ◻ Mandel ◻ Urban

◻ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft _____ (3 Hefte zum Preis von € 14,-/Ausland € 19,-).

◻ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

_____
Name, Vorname

_____
Straße

_____
Plz, Ort

_____
Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

_____
Datum, 2. Unterschrift

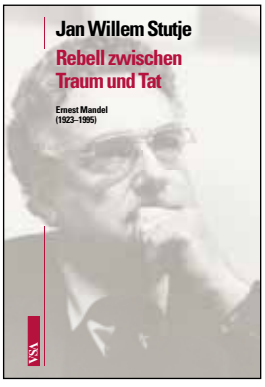
Bitte als Postkarte freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus
Postfach 10 61 27
20042 Hamburg

Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!



Mehr zum Verlagsprogramm:
www.vsa-verlag.de